Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Kreistagsfraktion Rheingau-Taunus

Mainzer Allee 17-19 65232 Taunusstein

Fraktionsvorsitzender: Daniel Bauer

Tel. (06128) 2467 12, Fax: 2467 20 E-Mail: kontakt@spdfraktion-rtk.de Geschäftsführerin: Wendy Penk



Herrn Kreistagsvorsitzenden André Stolz Heimbacher Str. 7 65307 Bad Schwalbach

2.8.2021

Sehr geehrter Herr Stolz,

bitte nehmen Sie den nachstehenden Antrag der SPD-Fraktion auf die Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung.

Mit freundlichen Grüßen

Daniel Bauer

Fraktionsvorsitzender

Antrag zur Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen im Juli 2021.

Der Kreistag trauert mit den Angehörigen der vielen Menschen, die bei der Flutkatastrophe am 14/15. Juli 2021 ihr Leben verloren haben.

Der Kreistag dankt:

- allen freiwilligen Helferinnen und Helfer, die anlässlich der Flutkatastrophe im Bereich der Ahr und in NRW spontan und uneigennützig Hilfe geleistet haben
- allen Unternehmen, die mit Technik und Spenden den Menschen vor Ort helfen
- allen Feuerwehren, insbesondere denjenigen aus unserem RTK, die vor Ort tätig waren bzw. sind
- allen Rettungsorganisationen wie z.B. DRK, AWO, ASB, Malteser, Johanniter, THW, insbesondere den Organisationen aus der RTK, die vor Ort waren und noch sind
- den Kirchen
- der Polizei und der Bundeswehr
- allen Verwaltungen vor Ort, die die Zerstörung ihrer Infrastruktur bewältigen müssen

Der Kreistag bittet den Kreisausschuss:

- weiterhin die Freiwilligen- und Hilfsorganisationen zu unterstützen
- den geschädigten Landkreisen unsere Unterstützung anzubieten
- die aus der Flutkatastrophe gewonnenen Erkenntnisse bei den Planungen und Realisierung von Hochwasserschutz im RTK zu berücksichtigen. Dabei geht der Kreistag davon aus, dass bei Katastrophen dieser Art das hessische Innenministerium die Führung und Koordination übernimmt, wie im Falle Rheinland-Pfalz.

- für mögliche Ereignisse wie Hochwasser, aber auch Starkregen, große Hitze und Dürre ein Katastrophenschutzkonzept gemeinsam mit allen zuständigen Akteuren auf Kreisebene zu entwickeln. Hierbei sollen auch weitere effektive Warnsysteme für die Bevölkerung geprüft werden.
- Fördermittel für Klimaschutzprogramme des Landes und des Bundes zu beantragen

Begründung:

Die Bilder und Berichte über diese Naturkatastrophe lassen nur ahnen, was die betroffenen Menschen in Rheinland-Pfalz und in NRW erlitten haben. Eine große Zahl der Überlebenden hat alles, bis auf die Kleidung, die sie trugen, verloren. Haus, Wohnung, Möbel, und alle persönlichen Erinnerungen sind in den Fluten zerstört worden. Die öffentliche Infrastruktur ist von den Wassermassen weggeschwemmt worden. Straßen und Brücken existieren nicht mehr, Strom und Trinkwasser sind zum heutigen Tag in vielen Orten nicht vorhanden. Stand heute haben 138 Menschen ihr Leben verloren, 26 werden noch vermisst.

Die Bilder und Berichte von den vielen Menschen, die freiwillig und spontan in die Katastrophengebiete gefahren sind, um den Menschen vor Ort zu helfen, sind noch täglich in den Medien zu sehen. Spenden aus der ganzen Bundesrepublik und sogar aus Afrika gehen täglich für die Flutopfer ein. Das ist ein Beispiel gelebter Solidarität in der Bundesrepublik und in der Welt und auch ein Beweis der Nächstenliebe. Doch wissen wir, dass man erst am Anfang der Schadenbeseitigung und des Wiederaufbaus steht.

Natürlich müssen auch aus dieser Katastrophe für uns Lehren gezogen werden: der Hochwasserschutz im RTK muss in Ortslagen, die von einer ähnlichen Überflutung betroffen werden könnten, überprüft und erforderliche Verbesserungen zeitnah erfolgen. Aber auch weitere Maßnahmen sind dringend erforderlich.

Extreme Naturereignisse wie diese Flutkatastrophe nehmen in den letzten Jahrzehnten zu. Orkane, Tornados, Starkregen treten häufiger auf und sind laut führenden Wissenschaftlern Folgen des Klimawandels. Auch im RTK muss das Thema Klimawandel einen höheren Stellenwert bekommen und Überlegungen verstärkt werden, wie wir nicht nur mit den Folgen des Klimawandels umgehen, sondern vor allem unseren Beitrag dazu leisten müssen, den Klimawandel nicht weiter zu begünstigen.